

Dresdner Volkszeitung

Verlagsstelle: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlagsstelle: Gebr. Knobloch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 2000,- M., durch die Post bezogen monatlich 2000,- M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 750,- M., Einzelnummer 80,- M., Sonnabendnummer 100,- M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die halbpaltene Nonpareilzeile 20,- M., auswärts 250,- M., die halbpaltene Kleinzeile 600,- M., auswärts 1000,- M., Ausland 1600 u. 2000 M. Bei mehrmaliger Aufgabefristung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgebote 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 60 M.

Nr. 33

Dresden, Donnerstag den 8. Februar 1923

34. Jahrg.

Parteiegoismus — oder Klasseninteresse

Von Arbeitsminister P. Rißau

In der Beschimpfung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertrauensleute haben bisher die kommunistischen Führer das Menschendünkelste geleistet. Ihre Kritik ist maßlos und schreit vor keiner Uebertreibung zurück. Sie legen ihrer notorischen Redebegier gegenüber den eigenen Klassengenossen weniger Zügel an, als in den Debatten mit bürgerlichen Parteivertretern. Wie oft habe ich anderseits im sächsischen Parlament wie in Reichstagen die Beobachtung gemacht, daß man in schmähenden, verletzenden Zursprechen gegenüber sozialdemokratischen Klassengenossen Enttäuschung mißt, um im nächsten Augenblick auf irgend einen Vorgang hin gerade heraus zu lachen.

Wer Jahrzehnte im politischen Kampfe steht, ist abgehärtet, die asiatischen Formen jedoch, in der ein großer Teil der kommunistischen Führer politische Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden pflegt, wirken mehr als abstoßend. Wäre in jenen Reden ein Funke wirklichen Klassengefühl vorhanden, so müßte das allein sie vor schändlichen Ausschreitungen bewahren.

Nur mit einem schmerzlichen Gefühl erinnere ich mich des Parteitagess der U. S. P. D. in Halle und damit zugleich des Weltmeisters der politischen Verlogenheit und Lehrmeisters der deutschen Kommunistenführer, Sinowjew, des Mannes, der die Moskauer Parole: im politischen Kampfe ist jedes Mittel recht — wortwörtlich nahm. An der vom proletarischen Klassenstandpunkt politisch-sittlichen Entartung in Deutschland tragen auch die Moskauer Vertreter in Deutschland keinen Sinn dafür, daß man mit der Schmähung der eben erst gewählten sozialdemokratischen Führer in Sachsen, die proletarischen Massen selbst beschimpft.

Raum hat das sächsische Proletariat seinen Willen durch eine beispiellose Wahl zum Landtage kundgetan, da stürzt man die Regierung und unterbindet die Tätigkeit des sächsischen Parlaments.

Das ist keine Angelegenheit von Personen, sondern trifft die Massenpartei des deutschen Proletariats, die Sozialdemokratie. Den Sturz der sächsischen Regierung lassen die sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Beamten als einen Schlag gegen sich selbst auf. Das muß überall zum Ausdruck kommen.

Die kommunistischen Führer weisen in ihrer letzten Erklärung im Landtage zur Ministerpräsidentenwahl selbst hin auf die „gefährliche Lage, zugehörte politische Lage“ und erklären zugleich: „der Zweifrontenkrieg gegen den französischen Imperialismus und die deutsche bestehende Klasse erfordert eine festgeschlossene Einheitsfront.“ Sie fordern eine „Arbeiterregierung“ und lehnen im gleichen Augenblick den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten ab, obwohl sie wissen, daß dieser der Vertrauensmann von Millionen sozialdemokratischer Arbeiter ist.

Die Kommunisten kennen die Gegensätze zwischen Reich und den Freistaat Sachsen in politischen, wirtschaftlichen und anderen Fragen und behaupten dreist: „die bisherige sächsische Regierung unterstützte offen die Politik der Reichs-

regierung“. Die kommunistischen Parteileute kennen auch die Grenzen, die der sächsischen Regierung durch Verfassungen und andere Gesetze gesetzt sind, und inwiefern eine Abhängigkeit vom Reiche gegeben ist.

Die kommunistischen Führer kennen aber auch die ungeheuerliche Not weiter Arbeiterschichten Sachsens, denn sie weisen in ihrer letzten Erklärung selbst auf „Teuerung und Arbeitslosigkeit“ hin.

Die sächsische Regierung hat in Sachen der Erwerbslosenfürsorge bisher die Initiative gehabt und schon im Dezember d. J. beim Reiche eine Erhöhung der damaligen Unterstützungssätze auf 900 M. für Dreiklasse A angestrebt.

Daneben wurde sächsischerseits dauernd auf den Wegfall der Höchstgrenze — leider ohne Erfolg — hingearbeitet.

Die Beseitigung der Parteizeit ist gleichfalls eine alte Forderung der sächsischen Regierung. Ebenso ist unser Bestreben darauf gerichtet gewesen, die Spannungen zwischen den einzelnen Dreiklassen beim Reiche aufzulösen.

Bedingt durch die ungeheuerlichen Steigerungen der Preise aller Lebensbedürfnisse war es selbstverständlich die Pflicht der sächsischen Regierung, für die Erwerbslosen einzutreten. Ein neuer Initiativantrag Sachsens sollte auf eine gleiche Forderung des sächsischen Landtags mit gestützt werden. Neben einer angemessenen Erhöhung sollte dem jetzigen Zustande der Verschleppung aller Erhöhungsanträge ein Ende bereitet werden, durch eine automatische Anpassung an die Teuerungsverhältnisse. Der bisherige schwerfällige Instanzenweg sollte verlassen und ähnlich der Regelung der Beamtengehälter eine gleitende Erwerbslosenunterstützung gefordert werden.

Die Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion für die Erwerbslosen und Sozialrentner bewegten sich in diesen Bahnen. Zwei Beratungen des Haushaltsausschusses B des sächsischen Landtags vom 16. und 23. Januar beschäftigten sich mit dieser Materie. Die Dringlichkeit wurde allseitig anerkannt, die Kommunisten produzierten selbst fünf Anträge.

Die Dringlichkeit allein dieser Arbeit — von allen andern wichtigen geschehensreichen Fragen auf andern Gebieten abgesehen — hinderte die Kommunisten nicht, die Tätigkeit des Landtags und der Regierung zu unterbinden und zu hemmen. Hier war politische Arbeit für die hungernden Klassenangelegenheiten in Sachsen gegeben.

Anwärtinnen verlaufen die Erwerbslosen die letzten Märsche, schreien in Demonstrationen, Lebensmittel-requisitionen, Geldsammlungen und sonstiger „Selbsthilfe“, indes die kommunistischen Führer in Verlogenheit, Verleumdungen und Breche ihre Schimpfereien loslassen über den Verrat sozialdemokratischer Führer „an den elementarsten Klasseninteressen des Proletariats“.

So führt englischer Parteiegoismus zur wirklichen Schädigung der Klasseninteressen der sächsischen bedürftigen Bevölkerung.

Neue Abwehrraufgaben

Der Konflikt über das Ruhrgebiet ist heute die Angelegenheit der Politik in Europa. Von seinem Ausgang hängt vieles Weitere ab. Nichts spielt im Leben der Völker eine so schlimme Rolle als enttäuschte Hoffnungen. Die französische Regierung ist augenblicklich bemüht, dem französischen Volk Sand in die Augen zu streuen. Sie läßt den Wirtschaftsjournalisten Le Troquer „befriedigt“ aus Düsseldorf zurückkehren. Sie verurteilt Hoffnungen auf einen häßlichen Streit zwischen den deutschen Parteien zu wecken. Sie läßt Aushängeschilder aus dem Saargebiet unter der Devise „Ruhrkohle“ auf französisches Gebiet fahren. Das deutet auf wenig Gutes.

Als sich die Dinge nach dem Einbruch in das Ruhrgebiet übersehen ließen, gab die deutsche Regierung das Stichwort aus, mit den Kräften hauszuhalten und nur da in den Streit zu treten, wo es die Abwehraktion unbedingt erforderte. Das war ohne Zweifel eine Politik, die zweckmäßig schien. Sie hat sich in den ersten Wochen bewährt und hat zum Teil auch heute noch Erfolg. Infolge der Gegensätze der Franzosen ergibt sich heute jedoch auf einzelnen Gebieten ein verändertes Bild. Die Rheinisch-Westfälische Kohlenbergbau AG, die Belagungsbehörden den Proletariat für sich in Anspruch zu nehmen drohen. Kechnlich verhält es sich auf den Strecken der Eisenbahndirektionen Ludwigshafen, Mainz, Trier und Köln (soweit der Bezirk Köln nicht in die englische Zone fällt). In Baden hat die Besetzung von Offenburg und Appenweier die Wirkung gehabt, daß das badische Bahnen und damit auch der badische Wirtschaftskörper in zwei nicht mehr direkt zusammenhängende Teile zerschnitten wurden. Im Ruhrgebiet wird der Ruhrverkehr zwar zum Teil noch aufrecht erhalten, aber der Verkehr selbst wird durch die Verstopfung der Bahnhöfe immer illusorischer. Die Kohle, die nicht mehr in nennenswertem Umfang abtransportiert und kaum noch auf die Halde gestürzt werden kann, wird in Zukunft nur noch in immer beschränkterem Umfang abtransportiert werden können. Das diese Zustände auch auf die anderen Industrie-

zweige ihre Wirkung ausüben, ist verständlich. Damit gleitet man allmählich in einen Zustand hinein, der einer Art ungewolltem Generalstreik gleichkommt. Berücksichtigt man ferner, daß Frankreich beabsichtigt, die Ausfuhr sämtlicher Industrieerzeugnisse aus dem besetzten in das unbesetzte Deutschland zu unterbinden, so ergibt sich, daß eine effektive Blockade eintreten wird. Demgegenüber dürfte die völlige Restriktion weiterer Formen zu suchen gezwungen sein, die der neuen verheerenden Sachlage entsprechen. Da die Arbeiter in vorderster Front den Abwehrkampf zu führen haben, werden die Gewerkschaften erneute Beratungen über die weitere Taktik pflegen. Von der Regierung ist vor allem zu fordern, daß sie für ausreichende Nahrungsmittel Sorge trägt und politisch keine Fehler macht, auf daß nicht der tolle Nationalismus und Chauvinismus alles verdirbt und schließlich die Lage hoffnungslos wird.

Aufruf der Bergarbeiterverbände

Offen, 7. Februar. Die Bergarbeiterverbände haben einen Aufruf erlassen, in dem sie eingangs darauf hinweisen, daß der Abwehrkampf im Ruhrgebiet in ein neues Stadium eingetreten ist. Nach den täglich zunehmenden Fällen schwerer Eingriffe in Verkehrsleben und Arbeitsverhältnisse, nach den Verhaftungen und Wundhandlungen, nach den brutalen Gewalttaten, die bereits mehrere Menschenleben kosteten, nach der Kohlenperre über das unbesetzte Deutschland, nach der Beschlagnahme selbst der den Bergarbeitern für ihren eigenen Haushalt zutreffenden Kohlen scheinen es die militärischen Gewaltthäter Frankreichs jetzt darauf abgesehen zu haben, das Ruhrgebiet der Schaulust blutiger Kämpfe wehrlos zu überlassen. Zu dem Zwecke wird versucht, durch Spionage und ihre Helfershelfer auf den verschiedenen Schachtlagen in Ruhe zu provozieren. Versteht man auch an die Vertriebenenmitglieder heranzutreten, um durch Besetzungsgelder von täglich 20 000 M. besondere Auskünfte zu erhalten. Der Aufruf stellt fest, daß die Verträge mit Unterstützung abgewiesen wurden und warnt die einzelnen Organisationen wie die Betriebsräte und ihre Vertrauensleute vor diesen Treibereien, durch die der französische Imperialismus der Ruhrbevölkerung seine Herrschaft aufzwingen wolle und fordert unter erneutem Appell an das Bewusstsein die sofortige Zurückweisung der widerrechtlich im Ruhrgebiet erhobenen französischen und belgischen Steuern.

Wie kam es doch?

Von unserm Münchener Korrespondenten

Die Blamage der bayerischen Regierung, die über das ganze Land einen Ausnahmezustand verhängt, weil der national-sozialistische Führer Hitler ihr droht, seine Gewalt gegen die Staatsgewalt auszuüben, wird außerhalb der weißblauen Wände um so weniger erklärlich erscheinen, als die Regierung den Ausnahmezustand schon zwölf Stunden nach der Verhängung de facto aufgehoben hat. Der Reichsregierung hat sie davon überhaupt keine Kenntnis gegeben, weil bei dem Ausnahmezustand, um das Defizit zu wahren, schon in einigen Tagen wieder aufgehoben will. Angesichts solcher politischer Fälschungsveranstaltung mit sehr ernstem innerpolitischen Kerne empfiehlt es sich, rückwärts zu schauen. Dann zeigt sich erst, daß in dem Nimmensjahren an der Mar, der sich seit dem 24. 1. 1923 in März 1920 mit wechselnden Akteuren und mit dreifachen Dekorationen abspielte, so etwas wie eine Logik der Tatkraften zutage tritt.

Relativieren wir: Das Muster eines „pflichtgetreuen Beamten“, der Regierungspräsident von Oberbayern v. Haber beteiligte sich im März 1920 an einer Verleumdung zum Sturz der Regierung Hoffmann und wird zum Lohn dafür von seinen Spießgesellen (u. a. Escherich) an die Spitze des Staates befördert. Als Gegenleistung hat er einen Kampf gegen das Reich, gegen die Republik und den „Marxismus“ (d. h. gegen die sozialdemokratische Arbeiterklasse) zu betreiben. Dieser Aufgabe entsprochen hat in der hinterhältigen Weise, die von jeder ein Kennzeichen der „Staatsmänner“ der alten Schule war. Seine positive Tätigkeit war darauf gerichtet, alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf Verletzung der Reichseinheit hinariefen, die Republik und Demokratie ausschalteten. Ihm und seinem Führer ist es zu danken, daß sich in München eine Zentrale der Geheimbünde und Mörderkorporationen bilden konnte und die Nationalsozialisten sich zu einer Macht entwickeln konnten, die der Staatsautorität nicht nur spottet, sondern ihr sogar überlegen ist.

Weiter: Unter dem Rohrismus Koffen nicht nur Machenschaften einer reichsfeindlichen auf den Anschlag an Frankreich zielenden Politik üppig ins Kraut, die Rechtssprechung und die Verwaltung, entpuppten sich immer mehr als Werkzeuge einer auf die Reichsgerötterimmung gerichteten Politik. Attrappe bildete der „Föderalismus“, dem Volksempfinden traten sie immer rücksichtsloser gegenüber, dem Rechtsbolschewismus zeigten sie dagegen weitgehendes Wohlwollen. Sein Reppist und kein Teilnehmer am Ruhr-Krieg ist in Bayern vor Gericht gestellt worden; die Rechtsprechung war unter dem Protektor der Maßschieber, dem Justizminister Roth, ausschließlich nach links eingestellt. In ihrem Uebereifer für die „nationale Idee“ erfuhren die Nationalsozialisten eine liebevolle Duldung. Selbst das deutsche Strafrecht wurde für alle Rechtsverbrecher in Bayern außer Kurs genommen, man braucht sich daher nicht zu wundern, daß das Gleiche bezüglich der Republik sich ereignete der Fall war. Das Ergebnis solcher bayerischen „Eigenart“ mußte naturgemäß zu einer Korruption der Beamtenenschaft, zum mindesten aber zu einer völligen Verwirrung ihrer Begriffe über ihre Pflichten führen. Wenn sie folgen: einer macht- und hofflosen Schattenregierung oder dem Ehrenpräsidenten der „Vaterländischen Vereinigungen“ v. Haber, der von kurzer Hand die vom Ministerrat gefassten Beschlüsse in einer Unterredung mit „vaterländischgesinnten“ Männern zugunsten Hitlers durchkreuzte? So kam es, daß in dem Augenblick, in dem das Ministerium den Saktenkreuzlern ernstlich zuleide geben wollte, der ganze Verwaltungsapparat in Stücken geriet, und der Staatskommissar für München, Polizeidirektor Marx, die Anweisungen des „Generalstaatskommissars“ und Minister des Innern Dr. Schweyer nicht befolgte. In jedem andern Staate hätten solche Vorformnisse den Rücktritt der Regierung zur Folge gehabt. In Bayern hat jedoch das Rächerische und Unmögliche niemals gelüdet.

Angesichts der hier nur leicht skizzierten Entwicklung Bayerns von dem Rohr-System zur national-sozialistischen Mafia erscheint die Erklärung des Ministerpräsidenten im Landtag über die Komödie des beinahe in Wirklichkeit getretenen Ausnahmezustandes nur als eine Bitte, die Verrobbung der bayerischen Regierung auch weiterhin als „berechtigter Stammeigentumsfrage“ hinzunehmen zu wollen. Die Offiziere der Landespolizei werden daher auch weiter die militärische Ausbildung der national-sozialistischen Stütztruppe besorgen, damit sie der staatlichen Wehrmacht, soweit auf deren Bundesgenossenkraft nicht zu zählen ist, ebenbürtig, wenn nicht überlegen gegenüberzutreten können. Das Unbeschreibliche, in Bayern wird's getan! Selbst der Sinn der Worte ist verdreht worden, die Staatsautorität wollten die Ruhr, Verdensfeld und Aniling festigen, Ruhe und Sicherheit schaffen und sie ließen staatsverderbende Elemente wie die Hitlerbanden wachsen und gedeihen, die Beamtenenschaft forrrumpieren. So schlagen die Witter noch immer die mit Blindheit, die sie verderben wollen.

Denn es ist kein Zweifel: Der jetzt geklönnene Waffenstillstand zwischen Hitler und Aniling dient dem erstgenannten nur dazu, sich für die von ihm angekündigte „Generalabrechnung“ zu rüsten, während die Position der Regierung immer schwächer wird. Sie hat, wie die Sonne im

Wannem des Reichs mit größter Sorgfalt die Forderungen der Nationalsozialisten ausgeführt wird...

Hilfer kontra Schweyer

Unter Münchner Parteivorstand, die Post veröffentlicht einen Bericht über eine am Sonnabend stattgefundene Versammlung...

Sollte man absegnen, daß er oder seine Partei von französischen Wählern gewählt werde...

Kriegsspiele

Unlängst fand im Sitzungssaal des Gebäudes der Kreisregierung in Regensburg eine Versammlung statt...

Leben • Wissen • Kunst

Sachsens Dank an Cornelius Gurliitt

Die Inventarisierung der von Cornelius Gurliitt gemalten Sachsen, die vor 40 Jahren begonnen wurde...

Jeder bliamiert sich, so gut er kann

In der letzten Dresdner Rundschau steht ein Aufsatz, dem Titel 'Dresdner Intimitäten'...

gerichtet. Mehr wie einmal betonte er die Notwendigkeit, strenges Stillschweigen zu bewahren...

Zentrumswarnungen

In der Germania beschäftigt sich ein Kenner der bayerischen Verhältnisse, der der bayerischen Regierung wohlwollend gegenübersteht...

„Rückt man nicht die „splendid isolation“, in die sich Bayern hineinmanövriert hat? Wie gut wäre es, wenn Bayern in kritischen Momenten die starke moralische Unterstützung des Völkischen Reiches hätte!...

Die letzte bayerische Krise hat einen Abgrund erschaffen, in den wir unvorstellbar hineinstürzen, wird nicht durch beherrschende Parteien der Nationalsozialisten und ihren Profiteuren das Sandwerk schmelzen gelassen...

Man kann also nicht sagen, daß die Zentrumspartei den Dingen, die sich in Bayern — aber nicht nur in Bayern abspielen, blind gegenübersteht...

Blockadewahnwitz

Paris, 8. Februar. Die endgültige Absperrung des Ruhrgebiets wird — wie die Regierungspresse schreibt — drei Clappen umfassen, und zwar:

- 1. Die Blockade der Kohlen und der Nebenprodukte. Dieser Teil der Blockade sei bereits durchgeführt.
2. Die Blockade der Produkte der Stahl- und Eisenindustrie. Diese würde die Ausfuhr aus dem Ruhrgebiet treffen.
3. Könnte noch eine Blockade auf die Ausfuhr aus dem unbesetzten Deutschland gelenkt werden, die den Import von Eisen, Eisenwaren und anderen Gegenständen unterbindet.

Diese drei Maßnahmen zusammen würden einen gewaltigen Schlag gegen Deutschland bilden und den Kampf verhängen. Die letzte Maßnahme würde besonders die Industrien des Rheinlandes, die beiden ersten die Industrien des unbesetzten Deutschlands treffen.

Die Kohlenblockade zwingt Deutschland nur, englische, tschechische, polnische Kohle zu verwenden. Die Ruhrblockade schneidet jedoch dreiviertel Millionen Arbeitslose im französischen besetzten Gebiet, für deren Leben und Ernährung Frankreich verantwortlich ist...

Wie aus Düsseldorf berichtet wird, ist dort sowie in Duisburg mit der Eingiehung der Röhre begonnen worden. Seitens habe man bereits etwa 3 Millionen Mark in Bar und für 197 Millionen in Bankkrediten Hilfe beschafft...

Paris, 7. Februar. Die Franzosen schließen den Ring um die englische Zone. Sie haben von Norden her Dünkirchen, Bergisch-Born, Lippeswägen, Wermelskirchen und Oberath besetzt und haben somit sämtliche Ausgangslinien auch aus dem schließlichen besetzten Gebiet in ihrer Hand...

Produktionsrückgang auf ein Viertel!

Paris, 7. Februar. Den Klättern werden von ihren Mitarbeitern in Düsseldorf über die Verhältnisse im Ruhrrevier folgende Angaben gemeldet: Die Produktionsleistung ist völlig überlastet und es sei kein Platz für Kohlen mehr vorhanden...

Konzert

Orchesterkonzert Schabitz. Nachdem das große Philharmonische Konzert vom vergangenen Dienstag verlegt worden war und das dafür eingelegte Lindner-Konzert das gleiche Schicksal erlitten hatte, fand doch am diesem Tage ein Orchesterkonzert statt...

Dresdner Kalender

Theater am 9. Februar. Opernhaus: 5. Sinfonie-Konzert Reihe A (7); Öffentliche Hauptprobe (11 1/2) — Schauspielhaus: Des Meeres und der Liebe Wellen (7) — Reustädter Schauspielhaus: Meer ohne Wind (7) — Residenz-Theater: Die Dollarprinzessin (7 1/2)...

Opernhaus, Freitag (7) Fünftes Sinfoniekonzert, Reihe A, unter der musikalischen Leitung von Fritz Busch...

Schauspielhaus, Sonnabend (7 1/2) gastiert Rilly Kann vom Stadttheater in Lübeck auf Anstellung als Neben- in Grillparzer's gleichnamigem Trauerspiel...

Wach's Höhe Messe in H. Wolf wird durch den hiesigen Bachverein Sonnabend den 8. März in der Kreuzkirche aufgeführt...

Dieses gemaltige Chorwerk, das seit 1914 in Dresden nicht mehr zu hören, Kartenverkauf vom 19. Februar an bei H. Ries...

Dieses Konzert bindet Künstler Paul Risch, Hannover (Orgel); Fritz Jürgensen, Gema (Orgel); Emil Wirtze...

Man müsse sie deshalb auf freiem Felde aufhängen. Nebenbei ragen schwarze Raufen von Stöbe empor. Die Stöbe könne aber nicht höher als vier Meter gelegt werden, da sie sich sonst entzündeten...

Düsseldorf, 8. Februar. Auf der Straße Düsseldorf-Heitwig fliegen unter französischer Leitung zwei Militärzüge zusammen, wobei 28 französische Soldaten getötet und viele verletzt sein sollen.

Ununterbrochene Ausweigungen

Mainz, 7. Februar. Bürgermeister Benno Adelnung, der seit der Ausweisung des Oberbürgermeisters Dr. Müller an der Spitze der städtischen Verwaltung stand, wurde von der Besatzungsbehörde ausgemessen...

Neue Gewalttaten

Jeder Militarismus, der als Diktator über eine unterworfenen Bevölkerung eingesetzt wird, führt immer wieder zu Ausschreitungen, wie ja im Kriege durch den Militarismus jedes Landes bewiesen wurde...

Redlingshausen, 7. Februar.

7 Uhr versammelte sich die friedliche Bevölkerung auf dem Marktplatz, wo sie patriotische Lieder sang. Kurz danach wurden gegen den Marktplatz fünf Tanks eingesetzt...

Die Vertragsgeschichte

Paris, 7. Februar. Die Kammer beriet einen Vertrag, der mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik geschlossen ist und die Fabrikationsmethoden von synthetischem Ammoniak für Frankreich zuläßt...

Berlin, 8. Februar.

In dem wunderbaren Vertrag wird offiziell mitgeteilt: Der Vertrag ist im Jahre 1919 zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der französischen Regierung im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung geschlossen worden...

Ob das richtig ist, und welche Folgen der Vertrag haben wird, bleibt noch festzustellen.

Hebrigen bespricht die Badische Anilin- und Sodafabrik, daß das Abkommen in der gemeinteten Form getroffen sei.

Dannover (Besang) finden am Sonnabend in der Johannekirche (9), Sonntag in der Trinitatiskirche (9) und in der Martin-Luther-Kirche (8), Montag in der Auferstehungskirche in Hagen (8) statt.

Die diesjährigen volkshilflichen Heimathaus-Vorträge des Landesvereins Sächsischer Heimathaus finden im großen Saale des Vereinshauses, Angerborststraße 17, an den kommenden fünf Sonntagen statt...

Wleine Mitteilungen

Die Lebenserinnerungen Robindranath Tagore's erscheinen soeben im Kurt-Wolff-Verlag, München. Der Dichter erzählt in ihnen die Geschichte seines Lebens bis etwa zum 24. Lebensjahre...

Dresdner Künstler im Ausland. Kurt Sivigler's Kammermusikensemble hatte in Szeged, der zweiten Hauptstadt Ungarns, im Philharmonischen Konzert unter Leitung von Gabor Radner einen außerordentlichen Erfolg...

Der Dresdner Künstler Paul Risch, Hannover (Orgel); Fritz Jürgensen, Gema (Orgel); Emil Wirtze...

Die Schonung des Besitzes

Der völlige Zusammenbruch des deutschen Vermögenssystems infolge der Markinflation ist so deutlich, daß ihn selbst die Vertreter von Kapitalinteressen kaum noch bestreiten. Trotzdem ist zu beklagen, daß auch die Beratung des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldwertverwertung in den Steuerangelegenheiten, die jetzt im Reichsausschuß des Reichstages begonnen hat, nichts oder nicht viel daran ändert.

Das Gesetz über die Berücksichtigung der Geldwertverwertung enthält keinerlei zweckmäßige Vorschläge zur Abmilderung dieser unergieblichen Mißstände. Es will vielmehr den Steuercharakter außer Acht lassen. Einige Bestimmungen, die angeblich dem Kleinstrentner dienen, zeigen, wie bei den Besitzern aus Vernunft Anstoss geworden ist. Diese Bestimmungen wollen Kapitalvermögen bis zu 500 000 M. steuerfrei lassen.

Sogar kommt, daß, wenn nicht im Laufe der Beratung die Vermögensverhältnisse gründlich geändert werden, Vermögen von mehr als 100 Millionen Mark nur lächerliche Steuerbeträge — zwischen 500 M. und 5000 M. jährlich an Vermögenssteuern zu zahlen haben.

Erhöhung der Militärrenten

Die Steuerungsulage nach § 87 des Reichssteuergegesetzes ist vom 1. Januar 1923 an von 170 auf 440 vom Hundert erhöht worden. Die Militärrenten, die vom 1. Oktober 1922 an bereits verdoppelt waren, kommen damit allgemein zum vierfachen Betrag zur Aufzahlung; die Witwenzulage, das Ehegeld und die Unterhaltskosten für den Führerband werden durch weitere Erhöhung der Steuerungsulage zum vierundzwanzigfachen Betrag erhöht.

Ansehung der durch den Einbruch der Franzosen außerordentlich beschleunigten Käufe weiter Volkstreuher, hat die Reichsregierung, nachdem die Sozialdemokratie vordringlich geworden war, neue Mittel für die notwendigen Bevölkerungszulage, und zwar 2 Milliarden Mark für die Kriegsbekleideten, 2 Milliarden Mark für die Sozialrentenfürsorge und 5 Milliarden Mark für die Kleinstrentenfürsorge zur Verfügung gestellt.

Warnung vor Auswanderung nach Rußland

S. P. D. Die Kommunisten haben Rußland immer als das Land hingestellt, in dem sich die Arbeiter wohlfühlen, wenn sie auch in der ersten Zeit schwer zu kämpfen und zu leiden hätten. Die Lobpreisungen der sowjetrussischen Zustände haben viele deutsche Kommunisten veranlaßt, ins „heilige“ Rußland auszuwandern.

Schulfragen im Haushaltsausschuß

Der Haushaltsausschuß feierte am Mittwoch, die Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern fort. Von unseren Genossen und bürgerlichen Abgeordneten wurde verlangt, daß die im Etat vorgesehenen Mittel in Höhe von 10 Millionen Mark zur Förderung der Volksschulen auf dem Gebiet des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens erhöht werden.

Kleine politische Nachrichten

Noch höhere Kohlenpreise

Wie berichtet wird, besteht die Absicht, die Kohlenpreise um weitere 100 Prozent zu erhöhen. Diese Preiserhöhung soll begrundet werden mit der Erhöhung der Löhne für die Bergarbeiter. Dabei sind erst am 1. Februar die Preise durchschnittlich um 80 Prozent erhöht worden.

Gegen den Wucher

In der Dienstleistung des Hauptpostamtes des Reichstages ist durch die sozialdemokratischen Abgeordneten Dösch und Gollmann

Die Finanznot der Partei

Von Hermann Rahmann

Diese Frage muß jetzt offen gestellt und sie soll ebenso offen beantwortet werden, denn, obwohl ich nicht mehr zum internen Kreis der Organisationsleiter gehöre, sehe ich den Zeitpunkt nicht mehr fern, an dem die Partei finanziell zusammenbricht, wenn wir nicht den Mut finden, eine andre Finanzpolitik zu betreiben. Jeder Organisationsleiter wird sich völlig im Klaren darüber sein, daß weder mit den jetzigen regelmäßigen Mitgliederbeiträgen die laufenden und erforderlichen Verwaltungs- und Agitationsausgaben gelöst, noch daß mit besonderen und einmaligen Beiträgen die Kosten großer politischer Kämpfe — etwa Landtags- oder Reichstagswahlen — bestritten werden können.

Soll aber der finanzielle Zusammenbruch der Partei verhindert werden, dann ist es höchste Zeit, daß endlich Parteieninsassen und Parteimitglieder den Mut finden und bereitwillig zeigen, höhere Beiträge zu fordern und zu zahlen, damit der verhängnisvolle Zusammenbruch verhütet wird. Die große starke Sozialdemokratische Partei darf heute weniger denn je auch nur ein Tipfelchen von ihrem Einfluß auf das ganze politische Leben einbüßen.

Daß die politischen Kämpfe der Zukunft eine große Ausdehnung erfahren und mit äußerster Härte geführt werden, dürfte für jeden Weisheitsliebenden auf der Hand liegen. Doch die Deutschnationalen, hinter denen ein Teil der Schwerindustrie und der größte Teil der in besten Einkommensverhältnissen lebenden Kapitalisten stehen, in den nächsten Kämpfen über reiche Mittel verfügen, ist wohl selbstverständlich, und daß auch die Deutsche Volkspartei große Summen in ihren Klingelbeutel bekommen wird, ist ebenso wenig zweifelhaft.

Wir sind eine Massenpartei und die Massen gehören zu den Entbehrten. Bourgeois haben wir nicht in unseren Reihen und die Zahl der sogenannten Wohlhabenden bei uns dürfte recht klein sein. Es bleibt daher, wollen wir die alte Schlagkraft erhalten, nichts andres übrig, als an unsere Massen das

Anfassen zu stellen, jetzt der Partei ungefähr an Beiträgen soviel zu geben, wie man ihr in Friedenszeiten gab. Jeder, der die heutige Beitragsleistung für die Partei vergleicht mit dem, was in Friedenszeiten reichlich war, wird zugeben müssen, daß der Beitrag auf einen Bruchteil der früheren zusammengekrumpft ist. Fünfundzwanzig Blennig im Monat, das war die Regel vor dem Kriege, und diese fünfzig Blennig stellten einen Stundenlohn dar oder ließen nicht weit dahinter zurück. Es wäre nun, nachdem uns weit mehr Aufgaben erwachsen sind, und jeden Tag kommen neue hinzu, nur selbstverständlich, wenn die Partei auch heute als Monatsbeitrag ungefähr einen Stundenlohn als Beitrag erheben würde.

Schon vor einiger Zeit habe ich in einer Sitzung ange-regt, daß von der Partei eine Beitragsmarke verabsolgt werden soll, deren Wert aller zwei Monate verändert werden mag, die für die Beitragsleistung der weiblichen Mitglieder und der Erwerbsbehinderten genügen soll. Aber nebenher sollen Zusatzbeiträge von allen Vollbeschäftigten erhoben werden, und zwar in einer Höhe, daß insgesamt mindestens ein halber Stundenlohn im Monat als Beitrag für die Partei geleistet wird.

Ich rate überhaupt ernsthaft dazu, endlich von dem stabilen Beitrag abzugeben, der bestienfalls aller zwei Monate nach langem Streit erhöht werden kann. Die nächsten Wochen und Monate werden uns so erhebliche Preissteigerungen und so erhebliche Lohnsteigerungen bringen müssen, daß jetzt mit dem alten lieben System der festgestellten Beitragsfestsetzung gehrochen werden muß, wenn anders nicht wir in ganz kurzer Zeit darauf verächtlich wollen, noch ein erheblicher Kampffaktor in der Öffentlichkeit zu sein.

Ich habe nicht das Bedenken, daß durch die Ausparnung der Parteibeiträge, wenn sie nach diesen Grundlinien erfolgt, die Mitgliederzahl sich vermindert. Immer noch haben unsere Mitglieder der Partei gern das an Beiträgen gegeben, was sie dringend benötigt, und so wird es auch jetzt sein. Und daher komme ich zu der Forderung:

Läßt die Partei nicht finanziell zusammenbrechen!

rum nach Rußland gemacht wurde und daß die verantwortlichen Kommunisten in Deutschland nichts getan haben, um diese Auswanderung zu verhindern. Sie haben sogar Leute, wie den Genossen Dittmann, der auf Grund seiner eigenen Erfahrungen in Rußland dringend vor der Auswanderung warnte, beschimpft und verleumdet.

Aber nicht nur jenen, die freiwillig nach Rußland gingen, ist schwere Unbill widerfahren. Es ist ein Skandal, zu hören, daß die Kommunisten, die für die Amnestierung ihrer politischen Gefangenen eintreten, aus Deutschland geflüchtete Kommunisten in Rußland ins Gefängnis werfen. Die Behörden der so viel verleumderten deutschen Republik in Rußland erhalten immer wieder von diesen Liern kommunistischer Brutalität Briefe, in denen sie dringend gebeten werden, für ihre Befreiung zu sorgen.

Das ganze Problem des unerschlossenen Wehrkampfes gegen den finanziellen Einfluß in Deutschland, aber auch die Frage des rassistischen Kampfes gegen Spekulation und Wirtschaftskrieg im Innern Deutschlands aufgearbeitet worden. Da die zuständigen Minister verhindert waren, am Mittwoch im Hauptauschuß zu erscheinen, ist der Donnerstag zur Fortsetzung der Ausprüfung bestimmt worden. Neben dem Reichsminister werden der Reichsernährungsminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister an der Ausprüfung teilnehmen.

Carhartts Vermögen beschlagnahmt. Heber das Vermögen des Aserentkapitales Carhartt ist bekanntlich die Beschlagnahme verhängt und infolgedessen das Amtsgelicht Wänden die der Pflegschaft betraut worden. Zum Pfleger ist Rechtsanwalt Schömann in München bestellt worden; an Carhartt selbst dürfen keine Zahlungen irgendwelcher Art mehr geleistet werden.

Die Generale Ludendorff und v. Zucht haben gegen den General Hermann Wendel einen Verleumdungsprozeß angehängt. Gegenstand der Anklage bildet ein Artikel in der Wochenschrift vom 8. Jan., der von den Verwüstungen in Nordfrankreich handelt.

Der Börsliche Beobachter ist wegen eines Artikels „Parlamentarischer Sumpf“ auf die Dauer von vier Wochen verboten worden.

Der Dollar 33 416,25
Berlin, 8. Februar. (Emlich.)

	8. 2.	8. 2.	7. 2.	7. 2.	
	Geld	Grief	Geld	Grief	
Polen	1 Gulden	1888,70	1843,50	1466,25	1476,75
Dänemark	1 Krone	6184,60	6215,50	6082,50	7017,50
Estland	1 Krone	8924,50	8872,50	9070,75	9724,25
Finnland	1 Krone	6884,50	6215,50	6882,50	6887,13
Ungarn	1 Hun. Mark	860,84	864,85	942,63	945,87
Österreich	1 Krant	8274,27	8305,78	8687,68	9742,82
Russland	100 Rubel (Koppl.)	48,12	48,88	52,61	52,89
Brasilien	1 Krone	995,—	1000,—	1087,27	1082,78
Indonesien	1 Krone	—	—	14,26	14,14
Belgien	1 Franf.	1705,50	1804,50	2044,87	2055,18
Frankreich	1 Weize	5211,93	5288,07	5755,62	5764,82
Italien	1 Lire	1598,—	1604,—	1770,56	1779,44
Japan	1 Yen	158108,34	158996,25	172567,50	178432,50
Neuseeland	1 Dollar	38116,25	38583,75	38508,50	38691,50
Spanien	1 Peseta	2044,87	2055,18	2219,18	2230,82
Schweden	1 Krone	12488,75	12531,25	13888,50	14888,50

Polenische : von 98.—

rs. Berlin, 8. Februar. (Eig. Draht.) Am Deutschemarkt zeigte sich auch heute vornehmlich weitere Abwärtsbewegung. Der häßliche Sturzdruck, den die Reichsbank auf die ausländischen Zahlungsmittel ausübt, veranlaßt Rücksicht, zumal der Markt bei der immer noch herrschenden Geldknappheit die frühere Kaufkraftfähigkeit verliert. Von einem größeren Geschäft kann unter diesen Umständen kaum die Rede sein. Die kapitalistischen Desinvestitionen halten an ihren Beständen fest, während die Arbeiterkräftigen langsam ihre Engagements lösen. Der Dollar wurde mit etwa 33 000 umgesezt. Die Tendenz erhofft im weiteren Verlaufe des Vormittagsverkehrs keine wesentliche Veränderung. Zum Schluß der Börse zeigte sich die Abwärtsbewegung weiter fort. Der Dollar wurde mit 33 500 gehandelt, während Pfunde mit 158 000 genannt blieben. Am Effektenmarkt war das Geschäft heute vormittag sehr ruhig, doch ist die Kaufkraft unvermindert. Ein Teil des Publikums zeigt allerdings Reue, die Papierwerte, auf denen ein großer Gewinn ruht, abzulassen. Auf der andern Seite gibt es aber auch eine starke Käuferkraft, die weiter fest gelimmt ist.

Wasserstände des Weibau, Jser, Eger und Elbe

	Weibau	Jser	Eger	Elbe	
	6.	7.	6.	7.	
Hohen	+104	+66	Frankfurt	+803	+898
Niederr.	+278	+285	Reims	+393	+855
Jser	+92	+69	Meitz	+448	+895
Eger	+288	+290	Kulm	+585	+500
Elbe	+256	+117	Dresden	+403	+858

